

Mehr Demokratie e.V.



Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin

Ministerpräsident Rheinland-Pfalz  
Herrn Kurt Beck  
Peter-Altmeier-Allee 1  
55116 Mainz

Vorstandssprecher  
Dr. Michael Efler  
Greifswalder Str. 4  
D-10405 Berlin  
Tel.: 030 - 420 823 70  
Fax: 030 - 420 823 80  
michael.efler@mehr-demokratie.de

Bank für Sozialwirtschaft  
Kto.: 88 581 05  
BLZ: 700 205 00

Berlin, den 22.07.2010

Kommunal- und Verwaltungsreform

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck,

seit unserem ersten Briefverkehr im Januar dieses Jahres, in dem wir bereits auf die Reformbedürftigkeit der Beteiligungsmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz hingewiesen haben, ist der parlamentarische Prozess zur Kommunal- und Verwaltungsreform vorangeschritten. Leider ist der Gesetzentwurf bisher völlig unverändert geblieben, was die Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgerbeteiligung betrifft.

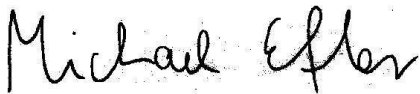
Wir beobachten dies mit großer Sorge und auch mit Unverständnis. Eine Verabschiedung des Gesetzes in der jetzigen Form würde an dem beklagenswerten Zustand, dass Rheinland-Pfalz laut dem Volksentscheidsranking Schlusslicht bei den direktdemokratischen Verfahren auf kommunaler Ebene ist, nichts Wesentliches ändern. Es wäre eine verpasste Chance.

Ein wichtiges Anliegen des Vereins Mehr Demokratie ist die Abschaffung des Positivkataloges, der den Bürgern vorschreibt, dass sie nur über „wichtige“ Gemeindeangelegenheiten abstimmen dürfen. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, welches auf kommunaler Ebene noch einen derartigen Positivkatalog hat. Weiterhin plädieren wir für eine Senkung des Unterschriftenquorums bei Bürgerbegehren von 15 auf sieben Prozent der Wahlberechtigten und eine gleichzeitige Deckelung mit Hilfe von Obergrenzen von 7.000 bis 10.000 Unterschriften je nach Gemeindegröße. Solche Obergrenzen existieren nach einer Reform auf kommunaler Ebene in Thüringen. Zudem ist es nicht vermittelbar, warum die Reformen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden nicht für die Landkreise gelten sollen.

In Nordrhein-Westfalen sieht der rot-grüne Koalitionsvertrag eine bürgerfreundlichere Ausgestaltung der Beteiligungsrechte vor: Die neue Landesregierung schreibt fest, dass sie sich für vereinfachte Bedingungen bei Volksbegehren und Volksentscheiden und für weitreichende Verbesserungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden einsetzen will. Seit den beiden Volksentscheiden in Bayern und Hamburg ist das Thema direkte Demokratie zudem in aller Munde und die SPD hat sich erneut für bundesweite Volksentscheide ausgesprochen.

Angesichts des engen Zeitplans bis zur Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Kommunal- und Verwaltungsreform hoffen wir auf Ihre Unterstützung für weitergehende Verbesserungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Damit würde die SPD zugleich ein wichtiges Signal in Hinblick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr aussenden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Michael Efler". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. Michael Efler